

PA

1211

**Médiathèque VS Mediathek**



1010809091

\*PA 1211

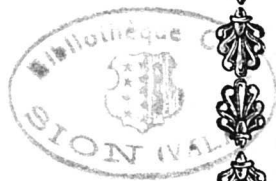
# Verfassung

der

Republik und Kantons

Basils

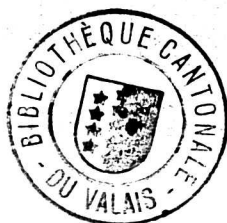
vom 14. Herbstmonat 1844.



---

Sitten, 1844.

Gedruckt bei Calpini = Albertazzi.



2431



# Verfassung

der

Republik und Kantons

Basils

vom 14. Herbstmonat 1844.



---

Sitten, 1844.

Gedruckt bei Calpini-Albertazzi.



PA 1211



**Verfassung**  
der  
**Republik und Kantons**  
**Wallis**

vom 14. Herbstmonat 1844.

---

**Im Namen Gottes des Allmächtigen!**

---

**Erster Titel.**

**Grundsätze.**

**Allgemeine Verfügungen.**

Art. 1. Die Republik Wallis bildet einen souveränen und als Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibten Staat.

Die Souveränität beruht in der Gesamtheit der Walliserbürger.

Die Regierungsform ist eine repräsentative Demokratie.

Art. 2. Die römisch-katholisch-apostolische Religion ist die Religion des Staates; sie allein hat einen Gottesdienst; der Beistand des Gesches ist ihr zugesichert.

Art. 3. Die Rechte der Welt- und Ordensgeistlichkeit sind aufrecht erhalten und gewährleistet.

Der Fortbestand der wirklich im Kanton vorfindlichen Kapitel und religiösen Korporationen ist gleichfalls gewährleistet.

Diese Verfügung betrifft jene religiösen Korporationen nicht, welche blos kraft eines Verkommnisses mit Gemeinden bestehen.

Art. 4. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Es darf Niemand gerichtlich verfolgt noch verhaftet werden, außer in den durch das Gesetz vorgesehenen Fällen und nach den von demselben vorgeschriebenen Formen.

Art. 5. Niemand darf seinen ordentlichen Richtern entzogen werden.

Art. 6. Der Wohnsitz ist unverletzbar. Es kann keine Hausuntersuchung vorgenommen werden, außer in den von dem Gesetze vorgesehenen Fällen und auf die von demselben vorgeschriebene Weise.

Art. 7. Das Eigenthum ist unverletzbar. Von diesem Grundsatz kann nur zu einem Zwecke öffentlichen Nutzens und mittelst einer vorläufigen gerechten Entschädigung abgewichen werden.

Art. 8. Jeder ist berechtigt, dem Großen Rath und den übrigen verfassungsmäßigen Behörden Bittschriften einzureichen.

Art. 9. Kein Grundstück darf mit einem ewigen und nicht löskäuflichen Grundzins belegt werden.

Art. 10. Jeder Walliser ist zur Vertheidigung des Vaterlandes verpflichtet.

Das Gesetz regelt den Militärdienst und vertheilt die Lasten desselben auf eine billige Weise unter alle.

Art. 11. Die Kosten des öffentlichen Unterrichtes in den Kollegien von Sitten, St. Moritz und Brig hat der Staat zu tragen.

Der Unterricht in diesen drei Kollegien kann nur Personen anvertraut werden, die sich dem geistlichen Stande geweiht haben.

Art. 12. Der öffentliche Unterricht wird nach den Bedürfnissen des Volkes eingerichtet werden.

Art. 13. Die deutsche und die französische Sprache sind als Nationalsprachen erklärt.

---

## Zweiter Titel.

### Eintheilung des Kantons.

Art. 14. Der Kanton ist in Zehnen eingetheilt. Die Zehnen werden von Gemeinden gebildet.

Ein Dekret des Grossen Rathes bestimmt die Anzahl und die Umgrenzungen der Zehnen und Gemeinden und bezeichnet die Hauptorte.

Art. 15. Sitten ist der Hauptort des Kantons. Der Große Rath, der Staatsrath, das Appellationsgericht des Kantons und das Zentralgericht halten daselbst ihre Sitzungen.

Diese Staatskörper können jedoch ihre Sitzungen anderstwhin verlegen, wenn wichtige Umstände es erheischen.

---

### Dritter Titel.

#### Politischer Stand der Bürger.

Art. 16. Walliserbürger sind:

- 1<sup>o</sup> die Bürger oder Gemeinder einer Bürgerschaft oder Gemeinde des Kantons;
- 2<sup>o</sup> diejenigen, welche das Kantonsbürgerrecht erworben haben.

Art. 17. Keiner kann als Bürger oder Gemeinder aufgenommen werden, bevor er das Kantonsbürgerrecht erhalten hat.

Art. 18. Die beständigen Einwohner sind  
Walliser.

---

## Vierter Theil.

### Oeffentliche Gewalten.

Art. 19. Die öffentlichen Gewalten sind folgende:

- die gesetzgebende Gewalt;
  - die vollziehende und verwaltende Gewalt;
  - die richterliche Gewalt;
  - die Zehnen-Gewalt;
  - die Gemeinde-Gewalt.
- 

## Erstes Kapitel.

### Gesetzgebende Gewalt.

Art. 20. Die gesetzgebende Gewalt wird von einem Großen Rathe ausgeübt.

Jeder Zehnen sendet in denselben einen Gesandten für jedes Tausend Seelen Bevölkerung; der



Bruch von fünfhundert und eins, und darüber wird für Tausend gerechnet.

In den zur Festsetzung der Nationalvertretung abzufassenden Verzeichnissen sind einzig die Walliser und die seit sechs Jahren im Kantone wohnenden Schweizerbürger einzutragen.

Art. 21. Der hochwürdigste Bischof ist von rechtswegen Mitglied des Großen Rathes.

Art. 22. Die hochwürdige Klerisei hat zwei Vertreter im Großen Rathe; den einen für die Zehnen Sitten, Sider, Leuf, Naren, Bisp, Brig und Goms; den andern für die Zehnen Härrens, Gundis, Martinach, Entremont, St. Moritz und Monthen.

Diese zwei Vertreter und ihre Suppleanten werden von der Klerisei jenes Kantonstheiles ernannt, welchen sie vertreten sollen.

Art. 23. Die Gesandten sollen für das allgemeine Beste nach eigener Ueberzeugung stimmen, sie können nicht an Verhaltensbefehle gebunden werden.

Art. 24. Die Beschlüsse des Großen Rathes

werden durch absolute Stimmenmehrheit genommen.

Er darf nur sofern rathschlagen, als die anwesenden Gesandten die absolute Mehrheit der Gesamtzahl seiner Mitglieder bilden.

Art. 25. Der Große Rath versammelt sich von rechtswegen zu ordentlichen Sitzungen am dritten Montag des Monats Mai und am dritten Montag des Wintermonats. Er tritt ausserordentlich zusammen, wenn er von dem Staatsrath einberufen wird.

Art. 26. Jede ordentliche Sitzung dauert, ausserordentliche und wichtige Fälle ausgenommen, höchstens fünfzehn Tage, die Sonn- und Festtage nicht eingezählt.

Art. 27. Die Sitzungen des Großen Rathes sind öffentlich.

Er beschließt die geheime Sitzung, wenn es die Umstände erheischen.

Art. 28. Der Große Rath ernennt für die Dauer der Gesetzgebung, aus seiner Mitte, seinen Präsidenten, zwei Vize-Präsidenten, zwei Stim-

menzähler und zwei Schreiber, den einen dieser lehtern für die deutsche, den andern für die französische Sprache.

Art. 29. Der Große Rath ernennt aus seiner Mitte, oder außer derselben, die Mitglieder des Staatsrathes, des Appellationsgerichtes des Kantons und des Zentralgerichtes; er wählt unter denselben den Präsidenten und Vize-Präsidenten eines jeden dieser Staatskörper.

Der Präsident des Staatsrathes ist zu dieser Stelle unmittelbar nicht wieder wählbar.

Art. 30. Zwei Staatsrätthe sind aus den Zehnen Goms, Brig, Visp, Naren, Leuf und Sider; zwei aus den Zehnen Martinach, Entremont, St. Moriz und Monthey, und einer aus den Zehnen Sitten, Härens und Gundis zu wählen.

Es können nicht zwei in dem nämlichen Zehnen wohnende Staatsrätthe gewählt werden.

Art. 31. Die Gesandtschaft auf die Tagsatzung besteht aus zwei Gesandten. Der Große Rath erwählt dieselben in jeder Maiszung und läßt sich über ihre Sendung Rechenschaft erstatten.

Er ernennt auch die Offiziere, die einen höhern Rang, als denjenigen eines Hauptmanns haben.

Art. 32. Derselbe Zehnen kann nicht mehr als ein Mitglied im Appellationsgerichte des Kantons haben.

Diese Verfügung ist auf die Suppleanten nicht anwendbar.

Art. 33. Dem Großen Rathe stehen folgende Amtsbesugnisse zu:

- 1<sup>o</sup> Er untersucht die Vollmachten seiner Mitglieder und erkennt über die Gültigkeit ihrer Erwählung;
- 2<sup>o</sup> Er genehmigt, ändert, oder verwirft die Gesetz- oder Dekretsvorschläge;
- 3<sup>o</sup> Er verfügt über die bewaffnete Macht;
- 4<sup>o</sup> Er bewilliget das Kantonsbürgerrecht;
- 5<sup>o</sup> Er übt das Amnestie- oder Begnadigungsrecht aus, und mildert die Strafen;
- 6<sup>o</sup> Er prüft die Amtsführung des Staatsrathes;
- 7<sup>o</sup> Er bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates; untersucht und schließt die Rechnungen desselben.

Diese Rechnungen werden öffentlich bekannt gemacht;

- 8<sup>o</sup> Er bestimmt den Gehalt der öffentlichen Beamten, so wie auch die nöthige Summe für die Angestellten des Staatsrathes;
- 9<sup>o</sup> Er hat das Recht, Geld zu schlagen und die Werthigung der Münzsorten festzusetzen;
- 10<sup>o</sup> Er ertheilt die Ermächtigung zum Ankauf von Liegenschaften, zur Veräußerung oder Verpfändung der Nationalgüter und zu den Staatsanlehen;
- 11<sup>o</sup> Er bewilliget das Recht zum Minenbau und ermächtigt zur Uebertragung desselben auf Andere;
- 12<sup>o</sup> Er giebt das Standesvotum in Bundesangelegenheiten ab, und ertheilt die Verhaltensbefehle den Gesandten an die Tagsatzung;
- 13<sup>o</sup> Er schließet mit den Kantonen und mit den auswärtigen Staaten Verträge über Gegenstände, die nicht in die Befugnisse der eidgenössischen Tagsatzung gehören;
- 14<sup>o</sup> Er ernennt zu denjenigen geistlichen Würden

und Pfünden, deren Bestellung dem vormaligen Landrathe zukam;

15<sup>o</sup> Er übt die souveräne Gewalt in Allem aus, was die Verfassung nicht ausdrücklich einer andern Behörde überträgt.

Art. 34. Der Große Rath kann den Staatsrath einladen, ihm einen Gesetzes- oder Dekrets-Entwurf vorzulegen. Der Staatsrath hat alsdann die Pflicht, den abgeforderten Entwurf in einer der zwei dieser Aufforderung nächstfolgenden ordentlichen Sitzungen vorzulegen.

Erklärt der Große Rath die Dringlichkeit desselben, so ist der Staatsrath gehalten, den Entwurf noch während der Dauer derselben Sitzung vorzulegen.

Art. 35. Die Gesetzesentwürfe müssen einer zweiten Verhandlung unterlegt werden, welche in der nächsten ordentlichen Sitzung stattfindet.

Ist die Dringlichkeit des Gesetzes erklärt, so wird die zweite Verhandlung in der nämlichen Sitzung eröffnet.

---

## **Z w e i t e s   K a p i t e l .**

**Vollziehende und verwaltende Gewalt.**

**Art. 36.** Die vollziehende und verwaltende Gewalt ist einem aus fünf Mitgliedern gebildeten Staatsrathe anvertraut.

**Art. 37.** Dem Staatsrathe liegen folgende Amtsverrichtungen ob:

- 1<sup>o</sup> Er legt die Gesetzes- oder Dekretsentwürfe vor; und stellt den Vorantrag der Instruktionen für die Gesandten an die Tagsatzung;
- 2<sup>o</sup> Er ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung der Gesetze und Dekrete beladen, und erläßt zu diesem Behufe die erforderlichen Beschlüsse;
- 3<sup>o</sup> Er sorgt für alle Verwaltungszweige und für die Handhabung der öffentlichen Ordnung;
- 4<sup>o</sup> In Fällen äußerer Gefahr oder wenn es sich um die Aufrechthaltung der Ordnung im Innern handelt, kann er, in Abwesenheit des Großen Rathes, über die bewaffnete Macht verfügen; er muß aber unverzüglich die Mit-

glieder des großen Rathes und die Zehnenpräsidenten über die von ihm getroffenen Maßregeln in Kenntniß setzen und — wenn es die Umstände erfordern — den Großen Rath einberufen;

- 5<sup>o</sup> Er führt den Briefverkehr mit den eidgenössischen Behörden, mit den Kantonen und den auswärtigen Staaten;
- 6<sup>o</sup> Er einberuft den Großen Rath zu außerordentlicher Sitzung, wenn er es für nöthig erachtet, oder auf ein schriftliches und begründetes Begehren von zwanzig Gesandten;
- 7<sup>o</sup> Er wählt die Beamteten, die Angestellten und die Geschäftsführer, deren Ernennung von der Verfassung oder dem Geseze keiner andern Behörde eingeräumt ist, und er kann dieselben widerrufen;
- 8<sup>o</sup> Er überwacht die untergeordneten Behörden und ertheilt Weisungen für alle Verwaltungszweige;
- 9<sup>o</sup> Er kann die Verwaltungsbehörden, welche sich weigern würden, seine Befehle zu vollziehen, von ihren Amtsverrichtungen einstellen. Er



muß dem Großen Rathe in seiner nächsten Sitzung darüber Bericht erstatten.

10<sup>o</sup> Er kann Preventiv-Verhaftungen verordnen, und sie vollziehen lassen. In diesem Falle soll die verhaftete Person spätestens in drei Tagen nach ihrer Inverhaftung freigelassen oder ihrem ordentlichen Richter überliefert werden

Art. 38. Er erstattet jährlich Bericht über seine Amtsführung.

Er kann zu diesem Zwecke von allen Behörden die nothwendigen Aufschlüsse abverlangen.

Er tritt ab, während der Große Rath seine Amtsführung und die Staatsrechnungen prüft.

Art. 39. Der Staatsrath ist für seine Verwaltung verantwortlich. Das Gesetz bestimmt das Nähere über diese Verantwortlichkeit.

Art. 40. Die Staatsrätthe können nicht Mitglieder des Großen Rathes sein. Sie nehmen an dessen Verhandlungen Antheil, haben aber dabei kein Stimmrecht.

Art. 41. Der Staatsrath ist Richter über die

Verwaltungsstreitigkeiten, so lange das Gesetz hierüber nicht anders verfügt.

Er hat, unter Strafe des Schadenersatzes, seinen Entscheid in Wahlgeschäften innerhalb fünfzehn Tagen, und in andern Verwaltungsstreitigkeiten innerhalb dreißig Tagen nach den Schlüssen auf Urtheil auszufällen.

Art. 42. Der Staatsrath theilt sich zur Ausfertigung der Geschäfte in Departemente ab.

Ein Reglement bestimmt die Zahl und die Amtsverrichtungen derselben.

---

### D r i t t e s   K a p i t e l .

#### Richterliche Gewalt.

Art. 43. Die richterliche Gewalt ist unabhängig.

Art. 44. Eine jede Gemeinde kann einen Richter erster Instanz haben, unter dem Namen: Kastlan, vor welchem alle Civilhandel gebracht werden und welcher ein Endurtheil bis auf den von dem Gesetze zu bestimmenden Betrag ausfällt.

Dieser Richter hat einen Statthalter, unter dem Namen: Bize-Kaslan.

In einem jeden Zehnen ist ein Civilappellations-, ein Correktionel- und Kriminalgericht.

Jedoch ist dem Zehnen Naren gestattet zwei Gerichte zu haben, das eine für den westlichen, das andere für den östlichen Theil.

Es ist für den Kanton ein Zentralgericht, welches über Preßvergehen und über politische oder auf die Politik Bezug habende Vergehen erkennt; und ein Appellationsgericht, gebildet aus elf Mitgliedern mit fünf Suppleanten.

Art. 45. Die wirkliche Einrichtung und Competenz der Civilgerichtshöfe der Zehnen und Gemeinden sind so lange beibehalten, bis das Gesetz den Werth, für welchen die Appellation ergriffen werden kann, bestimmt haben wird.

Art. 46. Die bisherigen Gerichtshöfe in peinlichem Fache, ihre Einrichtung und Competenz sind beibehalten, bis das Gesetz hierüber anders verfügen wird.

---

## V i e r t e s   K a p i t e l .

### Zehnen - Gewalt.

Art. 47. In jedem Zehnen besteht ein Rath, welcher die Angelegenheiten des Zehnens besorgt, die Lasten unter den Gemeinden vertheilt und die ihm zukommenden Ernennungen vornimmt.

Art. 48. Der Zehnenrath wird von den Abgeordneten der Gemeinden, in verhältnißmäßiger Anzahl zu ihrer Bevölkerung, gebildet.

Art. 49. Der Zehnenrath wählt aus seiner Mitte oder außer derselben sein Oberhaupt, unter dem Namen: Zehnenpräsident.

Er ernennt ferner seinen Vize-Präsidenten, zwei Suppleanten und einen Schreiber.

Der Zehnenpräsident stimmt als Oberhaupt dieser Behörde.

Art. 50. Der Zehnenpräsident führt die Korrespondenz mit dem Staatsrath, und ist demselben in Allem untergeordnet, was die Verwaltung des Zehnens betrifft.

Das Gesetz bestimmt seine übrigen Amtsbefugnisse.

---

## F ü n f t e s   K a p i t e l .

### Gemeinde - Gewalt.

Art. 51. In jeder Gemeinde ist :

- 1<sup>o</sup> eine Urversammlung ;
- 2<sup>o</sup> ein allgemeiner Rath ;
- 3<sup>o</sup> ein Gemeinderath.

In einer Gemeinde von fünfhundert und mehr Stimmenden, und in welcher die Bevölkerung zerstreuet ist, können die Urversammlung und der allgemeine Rath sektionsweise abstimmen.

Art. 52. Die Urversammlung besteht :

- 1<sup>o</sup> aus den Bürgern oder Gemeindern ;
- 2<sup>o</sup> aus den Kantonsbürgern, die seit einem Jahre in der Gemeinde wohnhaft sind.

Jedoch können Jene, so künftig als Walliserbürger angenommen werden, ihre politischen Rechte

nicht eher ausüben, bis sie ein Gemeinde- oder Bürgerrecht erworben haben.

Die Diensthoten behalten den Wohnsitz ihrer Herkunft.

Art. 53. Die Urversammlung übt das Referendum aus, und nimmt die ihr zukommenden Ernennungen vor.

Art. 54. Der allgemeine Rath besteht ausschließlich aus den Bürgern oder Gemeindern.

Er verfügt über Veräußerung oder Verpfändung der Gemeindegüter, über die Aufnahme von Bürgern oder Gemeindern, über die Prozesse, in welchen die Gemeinde die Appellation ergreift, und beschließt die Verordnung für den Genuß der Gemeindegüter.

Er ernennt die Mitglieder des Gemeinderathes und nimmt die andern ihm übertragenen Wahlen vor.

Er prüft jährlich die Rechnungen und die Amtsverwaltung des Gemeinderathes.

Diese Rechnungen werden öffentlich bekannt gemacht.

Art. 55. Der Gemeinderath wird wenigstens aus drei und aufs höchste aus fünfzehn Mitgliedern zusammengesetzt.

Jedoch können die Gemeinden, die zweitausend Seelen Bevölkerung zählen, die Anzahl ihrer Rathsglieder auf einundzwanzig erheben.

Dieser Rath erläßt die Verordnungen für die Ortspolizei, überwacht deren Vollziehung unter der Leitung der Vollziehungsgewalt, verwaltet die Gemeindegüter und die Gemeindefasse, bestimmt die Ausgaben, vertheilt die Lasten, und schlägt dem allgemeinen Rath die Verordnung über den Genuß der Gemeindegüter vor.

Die Einrichtung und die übrigen Befugnisse dieses Rathes werden von dem Gesetze bestimmt.

Der Staatsrath soll in den Gemeindeverwaltungen dazwischen treten, so oft abseiten eines oder mehrerer Betheiligten eine Klage bei ihm ein-  
kommt.

---

## Fünfter Titel.

Wahlart, Bedingungen zur Wahlfähigkeit, Dauer der öffentlichen Aemter.

Art. 56. Keine Kandidatur wird bei den Ernennungen zu Civilämtern zugelassen.

Art. 57. Die Gesandten eines jedes Zehners in den Großen Rath werden von einer Wahlversammlung gewählt.

Die Wahlversammlung besteht aus den, von der Urversammlung jeder Gemeinde im Verhältniß von einem Wahlmanne für jedes Hundert Seelen Bevölkerung, gewählten Wahlmännern.

Die Bruchzahl einundfünfzig und darüber zählt für ein Hundert.

Jede Gemeinde, welche immer ihre Bevölkerung sein mag, hat das Recht zu wenigstens einem Wahlmanne.

Der Große Rath kann die Bildung von zwei Wahlversammlungen in dem nämlichen Zehnen gestatten.



Art. 58. Der Groß-Kastlan, sein Statthalter und die Mitglieder des Zehnengerichtes werden von der Wahlversammlung ernannt.

Art. 59. Die Kastlane und Vize-Kastlane werden von der Urversammlung erwählt.

Art. 60. Die Abgeordneten auf den Zehnerrath werden von dem allgemeinen Rathe ernannt.

Art. 61. Die Dauer der öffentlichen Aemter ist auf zwei Jahre festgesetzt; außer was im 7<sup>ten</sup> §. des 37<sup>ten</sup> Art. gesagt wird.

Diese Verfügung beschränkt die Bildung der Gemeinderäthe nicht, welche dem Gesetze vorbehalten wird.

Der Staatsrath wird theilweise erneuert.

Von 1845 an zu zählen, werden an geraden Jahren zwei, an ungeraden Jahren aber drei Mitglieder dieses Staatskörpers erwählt.

Art. 62. Es können weder stimmen noch gewählt werden :

1<sup>o</sup> diejenigen, welche dem Publikum oder den Wohlthätigkeitsanstalten gewöhnlich zur Last sind;

- 2<sup>o</sup> diejenigen, deren Zahlungsunfähigkeit mittelst eines Urtheiles oder Karenzactes erwiesen ist; es wäre denn, daß diese Zahlungsunfähigkeit aufgehört hätte, oder von unabwendbarer Gewalt oder ererbten Schulden herrührte;
- 3<sup>o</sup> die Interdizirten, die Wahnsinnigen, und solche, deren Blödigkeit allgemein bekannt ist;
- 4<sup>o</sup> diejenigen, auf denen ein entehrendes Urtheil lastet, oder die wegen Diebstahls- oder Verfälschungsverbrechen verurtheilt worden sind;
- 5<sup>o</sup> diejenigen, welche die Mittel besitzend, ihren persönlichen Antheil an den Schulden ihrer verstorbenen Eltern zu bezahlen, der Erbschaft derselben entsagt haben.

Das Gesetz kann, als Strafe, noch andere Ausschließungsgründe bezeichnen.

Art. 63. Der Beamtete, welcher sich in einem der im 62<sup>ten</sup> Art. erwähnten Fällen betreten läßt, ist ohne weiteres seines Amtes entsetzt.

Art. 64. Der Kantonsbürger, über den wegen starken Indicien eines Verbrechens die persönliche

Verhaftung verhängt ist, ist von der Ausübung der politischen Rechte und von den öffentlichen Amtsverrichtungen eingestellt, bis zum Erfolg eines Urtheiles, oder bis zum Ausspruch der Nichtstatthaftigkeit.

Art. 65. Der fremde, bürgerliche oder militärische, Dienst ist unvereinbar mit den öffentlichen Amtsverrichtungen.

Art. 66. Niemand darf in zwei Gemeinden stimmen.

Art. 67. Der Walliserbürger kann vor erfüllten zwanzig Jahren seine politischen Rechte nicht ausüben.

Art. 68. Um zu einem öffentlichen Amte wählbar zu sein, muß man in den Urversammlungen zu stimmen fähig sein und dreiundzwanzig Jahre erfüllt haben; außer für die Amtsverrichtungen eines Staatsrathes und eines Mitgliedes des Appellationsgerichtes des Kantons und des Zentralgerichtes, für welche man dreißig Jahre erfüllt haben muß.

Art. 69. Es können nicht zu gleicher Zeit im

Staatsrathe oder in einem Gerichtshofe Sitz nehmen :

1<sup>o</sup> Vater und Sohn ;

2<sup>o</sup> Stiefvater und Stiefsohn, Schwiegervater und Schwiegersohn ;

3<sup>o</sup> Brüder , Halbbrüder und Stiefbrüder ;

4<sup>o</sup> Schwäger ;

5<sup>o</sup> Oheim und Nefte.

Art. 70. Bürgerliche und geistliche Amtsverrichtungen sind unvereinbar; außer was von den Art. 21 und 22 verfügt ist.

Das Gesetz bestimmt die übrigen Unverträglichkeiten.

---

## Sechster Titel.

### Zusätzliche Verfügungen, Revisionsmodus.

Art. 71. Die Gesetze, die Militärkapitulationen und die Dekrete über das Finanzwesen und über die Ertheilung des Kantonsbürgerrechtes werden vor die Urversammlungen gebracht und sind dann erst vollziehbar, wann selbe von der Mehrheit der Walliserbürger, die an der Abstimmung Theil genommen haben, genehmigt worden sind.

Ein Gesetz regelt die Verfahrensart bei der dahingehenden Abstimmung und bestimmt den Zeitpunkt der Inkraftsetzung der Gesetze und Dekrete.

Art. 72. Im Falle der Nichtannahme eines Finanzdekretes bleibt das wirkliche so lange in Kraft, bis es durch ein anderes ersetzt ist.

Art. 73. Die Angelegenheiten, die das Wallis als schweizerischen Kanton betreffen, und aus den von dem Bundesvertrage aufgestellten Verhältnissen

oder Verpflichtungen herrühren, sind dem Referendum nicht unterworfen.

Art. 74. Jede Veränderung des schweizerischen Bundesvertrages muß der Mehrheit der stimmfähigen Walliserbürger zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden.

Art. 75. Es soll in den Jahren 1846 und 1857 und von diesem letzten Zeitpunkte an, je zu zehn Jahren, eine Volksaufzählung im Kanton vorgenommen werden, welche der Vertretung der Gemeinden und Zehnen zur Grundlage dienen wird.

Art. 76. Der Verkaufspreis des Salzes ist auf ein Baken per Pfund für den ganzen Kanton festgesetzt.

Art. 77. Die wirklich bestehenden und der gegenwärtigen Verfassung nicht widersprechenden Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Beschlüsse bleiben so lange in Kraft, bis dieselben gesetzlich widerrufen werden.

Art. 78. Gegenwärtige Verfassung kann erst nach Verlauf von zehn Jahren, und nur in dem Falle verändert werden, wenn die Veränderung

von der absoluten Mehrheit der Gesamtheit der Mitglieder des Großen Rathes beschlossen wird.

Jede Abänderung muß von der Mehrheit der stimmfähigen Walliserbürger genehmiget werden.

Gegeben im Großen Rathe, zu Sitten, den  
14<sup>ten</sup> Herbstmonat 1844.

Der Präsident des Großen Rathes:

**M. von Courten.**

Die Schreiber desselben:

**El Nic. Noten. C. v. Werra.**







